

INHALT

1. Regierungsfractionen finanzieren nur 228 Lehrerstellen mehr zum neuen Schuljahr
2. Regierungsfractionen verschieben Feststellung der Zulässigkeit der A20-Volksinitiative
3. Minister muss schon im September zum Stellenabbau bei der Polizei berichten
4. Schleswig-Holstein will mögliche Bewerbung für Olympia unterstützen
5. Politik soll verständlicher werden
6. CDU vermisst schlüssiges Konzept für Geburtshilfe
7. CDU-Initiative zu Familienzentren aufgegriffen
8. CDU macht sich erneut gegen Zwangsverkammerung von Pflegekräften stark
9. Schleswig-Holsteins Küsten droht kein Ausverkauf
10. Bericht der Landesregierung zu ihren Aktivitäten im Ostseeraum
11. Die CDU-Landtagsfraktion wünscht Ihnen eine schöne Sommerpause

11.07.2014

Regierungsfractionen finanzieren nur 228 Lehrerstellen mehr zum neuen Schuljahr Grund-, Förder- und Berufsschulen gehen ganz leer aus

SPD, Grüne und SSW haben heute mit einem Nachtragshaushalt zum kommenden Schuljahr 228 Lehrerstellen bewilligt. Davon gehen 74 an Gymnasien, 154 an Gemeinschaftsschulen.

Die Regierungsfractionen lehnten den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und Piraten für 400 Lehrerstellen ab. Auch der CDU-Antrag, Mittel zur Sanierung der Landesstraßen bereit zu stellen, scheiterte an den Stimmen der Abgeordneten der Regierung. Damit ist auch klar, dass Grund-, Förder- und Berufsschulen im kommenden Schuljahr keine zusätzlichen Lehrerstellen erhalten.

In der Debatte warf CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen der Koalition Trickserei vor: Sie schaffe keine neuen Lehrerstellen, sondern kürze nur weniger als bisher vorgesehen. "Diese Landesregierung schummelt, sie trickst und mogelt, wo sie kann." Seit Antritt der Koalition sei der Anteil der Bildungsausgaben von 30 auf 28 Prozent gesunken.

Aufgrund der stellenintensiven rot/grün/blauen Bildungsreformen reichten die Stellen nicht aus, um im kommenden Schuljahr auch nur das Unterrichtsniveau von 2013 zu halten.

Die Landesregierung unternehme auch keine wirksamen Anstrengungen gegen die Schlaglöcher auf den Landesstraßen. Mit der Inventarisierung von Schlaglöchern sei niemandem geholfen. Deshalb wolle die CDU mit 4,75 Millionen Euro die Landesstraßen winterfest machen, bevor der kommende Winter die Straßen komplett zerstört!

„Die CDU handelt dort, wo SPD, Grüne und SSW nicht die Kraft haben: Für Bildung und Infrastruktur und für die Zukunft Schleswig-Holsteins!“, so Callsen.



Fraktionschef Johannes Callsen

Regierungsfractionen verschieben Feststellung der Zulässigkeit der A20-Volksinitiative CDU-Dringlichkeitsantrag wird von SPD, Grünen, SSW und Piraten abgelehnt



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

In der vergangenen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses hatten die Regierungsfractionen durch die kurzfristige Einreichung schriftlicher Prüffragen eine Beschlussempfehlung über die Feststellung der Zulässigkeit der Volksinitiative "Neue Wege für Schleswig-Holstein - A20 endlich fertigstellen" verhindert. Die CDU-Fraktion hatte das Thema dann durch einen Dringlichkeitsantrag doch auf die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung gebracht.

„Die Volksinitiative "Neue Wege für Schleswig-Holstein - A20 endlich fertigstellen" hat das

vorgeschriebene Quorum mit 23.312 zum 30. Juni anerkannten Unterschriften deutlich überschritten. Das Innenministerium hat das bestätigt. Der Wissenschaftliche Dienst hat am 2. Juli 2014 im Innen- und Rechtsausschuss keine Bedenken formuliert“, betonte Arp.

Der Ausschuss hätte damals bereits eine Berichts- und Beschlussempfehlung abgeben können. Da dies nicht erfolgte, sei es gut, dass der Landtag der heutigen Dringlichkeitsdebatte zugestimmt habe. Nach Artikel 41 Abs.1 hätten Bürgerinnen und Bürger das Recht, den Landtag im Rahmen seiner Entscheidungszuständigkeit mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung befassen.

„Deshalb spricht aus Sicht der CDU nichts dagegen, dass sich der Landtag heute mit der Zulässigkeit der Volksinitiative nach Artikel 41 Abs. 3 der Landesverfassung befasst und das Verfahren beschleunigt, auch um den Unterzeichnern der Initiative die notwendige Gewissheit zu geben“ betonte Arp.

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, SSW und Piraten wurde die Prüfung der Zulässigkeit heute allerdings zurück in den Ausschuss verwiesen. Damit wird die Frage nach der Sommerpause erneut aufgeworfen.

Minister muss schon im September zum Stellenabbau bei der Polizei berichten CDU setzt sich mit Antrag durch

Die CDU-Abgeordnete Astrid Damerow hat sich mit einem zeitnahen Berichtsantrag über den von der Landesregierung geplanten Stellenabbau bei der Polizei durchgesetzt. Ursprünglich wollten die Regierungsfractionen diesen erst nach der Beschlussfassung über den Haushalt halten lassen. Die Regierungsfractionen haben auf Druck der CDU jetzt einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zugestimmt. Danach muss Minister Breitner dem Landtag im September Bericht erstatten. So sah es der ursprüngliche CDU-Antrag vor.

Interfraktioneller Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2100/drucksache-18-2105.pdf>

Schleswig-Holstein will mögliche Bewerbung für Olympia unterstützen Initiative der CDU trägt Früchte

In der heutigen Sitzung waren sich die Abgeordneten aller Fraktion bei einem Thema besonders einig. Schleswig-Holstein soll eine Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele prüfen. Die Abgeordneten verzichteten sogar auf ihr Recht sich persönlich zu äußern und überließen es allein der Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses Barbara Ostmeier über das Thema im Landtag zu sprechen.

Barbara Ostmeier, die zudem auch sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion ist, hat den heute verabschiedeten interfraktionellen Antrag „Norddeutsche Allianz für eine Olympia- und Paralympics-Bewerbung von Hamburg“ begrüßt:

„Schleswig-Holstein ist bereit für die Olympischen und Paralympischen Wettbewerbe. Zunächst müssen die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert werden. Denn nur wenn wir den weitestgehenden Konsens erzielen und uns einig sind, nur dann werden wir Olympische und Paralympische Wettbewerbe in unserem Land durchführen. Das ist die Voraussetzung.“

Eine endgültige Entscheidung, ob das Schleswig-Holstein, insbesondere in den Wassersportarten die Wettbewerbe durchführen kann, wird es erst später geben. Zunächst sollten die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie in Hamburg abgewartet werden. Parallel dazu sollte die Landesregierung insbesondere Fragestellungen zu den nötigen Investitionen in die Infrastruktur von Sportstätten und Straßen, zur Nachnutzung der Sportanlagen, zur Wertschöpfung der Spiele und zum Schutz von Umwelt und Natur im Vorwege klären.

Link zum interfraktionellen Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2100/drucksache-18-2140.pdf>



Barbara Ostmeier, sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

Politik soll verständlicher werden

Landtag beschließt mehr leichte Sprache in Schleswig-Holstein



Heike Franzen, MdL

Vielen Menschen in Schleswig-Holstein fällt es schwer nachzuvollziehen, was Politiker eigentlich sagen. Viele Fachwörter und Bandwurmsätze erschweren es, die eigentliche Botschaft einer Rede zu verstehen. Um genau dieses Problem in Angriff zu nehmen, hat der Schleswig-Holsteinische Landtag heute dem Antrag der Piraten-Fraktion zugestimmt und will sich in Zukunft bemühen, Politik für Jedermann verständlich zu machen.

Heike Franzen, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, versucht mit gutem Beispiel voran zu gehen: „Wir wollen mehr Leichte Sprache in Schleswig-Holstein. Das wollen alle

Fraktionen. Leichte Sprache verstehen alle Menschen. Leichte Sprache hilft Menschen mit Behinderungen. Leichte Sprache hilft Menschen, die nicht gut Deutsch können. Wir wollen, dass alle Menschen viel verstehen können.“

Es gebe schon viele gute Beispiele für Leichte Sprache. Der Deutsche Bundestag beschreibt beispielsweise seine Aufgaben in Leichter Sprache.

Dennoch forderte Franzen noch mehr Angebote in Leichter Sprache: „Leichte Sprache ist für viele Menschen ganz schön schwer. Darum müssen wir alle versuchen, Leichte Sprache zu üben.“

Link zum Bericht und zur Beschlussempfehlung des Sozialausschusses:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1700/drucksache-18-1744.pdf>

CDU vermisst schlüssiges Konzept für Geburtshilfe Landesregierung muss strittige Punkte mit den Beteiligten klären



Katja Rathje-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin

In der Diskussion stand heute der Bericht der Landesregierung zur Geburtshilfe in Schleswig-Holstein. In den vergangenen Monaten hatte sich die Situation um die Geburtshilfen im Land zugespitzt. Nachdem zum Jahreswechsel erst die Geburtshilfe auf Sylt schließen musste, steht auch die Geburtshilfe im nördlichen Ostholstein vor dem Aus.

Neben dem Bericht der Sozialministerin verabschiedete der Landtag heute einen interfraktionellen Antrag von CDU, SPD, Grüne, Piraten und SSW. Dieser sei, so die sozialpolitische Sprecherin, Katja Rathje-Hoffmann, ein wichtiges Signal für die Schwangeren in Ostholstein.

Mit Blick auf den Bericht der Landesregierung äußerte sich die Sozialexpertin jedoch kritisch. Nach einem schlüssigem Konzept sehe dieser Bericht nicht aus. „Die Regionen, die bislang die größten Schwierigkeiten mit der zukünftigen geburtshilflichen Versorgung haben oder haben werden - nämlich Nordfriesland mit Sylt und der Norden von Ostholstein mit der Insel Fehmarn – wurden nun zu Modellregionen erhoben. Mangelhafte Konzepte werden zu Modellen und Modellregionen. Da fragt man sich zu Recht: Für was?“, so die Abgerordnete. Trotz der zahlreichen Vorträge von Klinikvertretern, Landesregierung und Kreisvertretern in den vergangenen Monaten im Sozialausschuss blieben nach wie vor eklatante und bedeutsame Punkte ungeklärt.

Gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, Grüne, Piraten und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2100/drucksache-18-2128.pdf>

CDU-Initiative zu Familienzentren aufgegriffen Landtag diskutiert Bericht der Landesregierung

Im Januar 2013 lehnten die Regierungsfractionen noch den Antrag der CDU-Fraktion zu Familienzentren ab, anderthalb Jahre später diskutierte der Landtag heute über ein Konzept, das Sozialministerin Alheit jüngst dazu vorgelegt hatte. Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion zeigte sich erfreut, dass die ursprüngliche CDU-Initiative nun doch aufgegriffen wurde.

„Nach Durcharbeitung des Konzeptes frage ich mich aber: Was hat daran so lange gedauert?“, fragte die sozialpolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann in der Debatte. Der Unterschied zwischen der CDU-Initiative und dem nun vorgelegten Konzept der Landesregierung sei lediglich, dass die CDU mit einem Pilotprojekt starten wollte.

Zudem bliebe die Sozialministerin in ihrem Bericht eine Reihe von Fragen schuldig. „Mit dem hier vorgelegten Bericht kann ich weder beantworten, wo sich Familienzentren befinden, noch weiß ich, wie die Trägerstruktur im Land verteilt ist. Wie die unterschiedliche finanzielle Situation der Familienzentren ist und inwieweit eine finanzielle Unterstützung durch das Land notwendig ist, erschließt sich mir aus dem Bericht auch nicht“, kritisierte Rathje-Hoffmann.

Link zum Bericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2026.pdf>

CDU macht sich erneut gegen Zwangsverkammerung von Pflegekräften stark Qualität der Pflege muss auf andere Weise gesichert werden

Erneut stand das Thema Pflegekammer auf der Agenda des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Die Situation um die geplante Pflegekammer und die unweigerlich damit verbundene Zwangsmemberschaft für die Pflegenden in Schleswig-Holstein hat sich bisher nicht beruhigt. Aus diesem Grund stellten die Fraktionen von CDU und FDP einen weiteren Antrag, um über das Thema im Landtag zu diskutieren.

Katja Rathje-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion forderte in ihrer Rede Sozialministerin Alheit auf, endlich auf die Kritik von Wohlfahrtsverbänden, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaft und vor allem der Pflegenden zu hören.

„Es gibt Alternativen zur Zwangsverkammerung und diese müssen wir gemeinsam mit den Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflegerinnen und Pflegern prüfen. Das gilt besonders im Hinblick auf die voraussichtlichen Kosten. Sie belaufen sich nach der Schätzung der Arbeitgeber in der Pflege allein für die Gründungsphase der Kammer auf rund 2,5 Millionen Euro“, so Rathje-Hoffmann.

Die Sozialministerin berufe sich in Ihrer Argumentation für die Pflegekammer auf eine Befragung aus dem vergangenen Jahr, die knapp zugunsten einer Pflegekammer ausgefallen

ist. Diese sei aber ohne eine Nennung der ungefähren monatlichen finanziellen Belastung durchgeführt worden.

„Wenn schon Befragungen in Auftrag gegeben werden, dann sollten Sie auch vorher die gesamten Konsequenzen offenlegen. Wir fordern Sie auf: Bewegen Sie sich – lassen sie uns gemeinsam nach einem dritten Weg für die beschäftigten Fachkräfte in der Pflege suchen“, so Rathje-Hoffmann.

Rathje Hoffmann machte in ihrer Rede allerdings auch deutlich, dass die Qualität der Pflege und der Ausbildung gesichert werden müsse. Die Anforderungen stiegen und die körperliche Arbeitsbelastung dürfe nicht dazu führen, dass immer mehr Pflegekräfte vorzeitig aus dem Beruf aussteigen wollten.

Schleswig-Holsteins Küsten droht kein Ausverkauf Piraten-Antrag suggeriert Gefahr, die es nicht gibt

Im Schleswig-Holstein-Lied heißt es: Schleswig-Holstein meerumschlungen. Nicht nur Touristen, sondern vor allem Schleswig-Holsteiner nutzen die Küsten von Nord- und Ostsee. Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, machte in ihrer Rede deutlich, dass das auch in Zukunft so bleiben soll.

Die Piraten hatten in ihrem Antrag gefordert, dass die Privatisierung von Schleswig-Holsteins Küsten und Ufern verhindert werden solle.

Nicolaisen zeigte sich verärgert über die Initiative der Piraten: „ Es ist mitnichten so, dass ein Ausverkauf unserer Küsten und Ufer stattfindet. Und es gibt keinen Grund für die Befürchtung, dass Küsten- und Ufergebiete in großem Stil der öffentlichen Nutzung entzogen werden.“

Das Land habe bisher einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit dieser Thematik gezeigt. Zwar habe es Fälle gegeben, in denen es Eigentumsübertragungen an Land- und Hafengebieten sowie an Seewasserflächen gegeben hat. Für diese Eigentumsübertragungen hätte es jedoch immer einen Grund gegeben. Sie seien nicht willkürlich erfolgt. Und sie seien immer auf Grundlage des geltenden Rechts erfolgt.

Bericht der Landesregierung zu ihren Aktivitäten im Ostseeraum Viele Probleme enden nicht an Landesgrenzen

In der heutigen Landtagssitzung hat die Landesregierung ihren aktuellen Bericht über ihre Aktivitäten im Ostseeraum vorgestellt. Die europapolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, zeigte sich erfreut über den Bericht, der die Vielfalt der Aktivitäten Schleswig-Holsteins im Ostseeraum beschreibt.

„Es gut und bezeichnend, dass parteiübergreifend und trotz Regierungswechseln kontinuierlich an der Ausweitung und Verbesserung der Zusammenarbeit im Ostseeraum gearbeitet wird. Die meisten Probleme, können nur länderübergreifend vernünftig gelöst werden. Umwelt- oder Infrastrukturmaßnahmen enden nicht an Landesgrenzen. Wir sind dabei auf einem guten Weg. Natürlich immer noch mit Luft nach oben und mit modifizierten Schwerpunkten“, so Damerow.

Link zum Bericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2000/drucksache-18-2033.pdf>



Astrid Damerow, europapolitische Sprecherin

Die CDU-Landtagsfraktion wünscht Ihnen eine schöne Sommerpause Landtag verabschiedet sich in die sitzungsfreie Zeit

Nachdem der Landtag heute zum letzten Male vor der Sommerpause zusammengekommen ist, beginnt ab Montag - analog zu den Sommerferien - die sitzungsfreie Zeit.

Die CDU-Landtagsfraktion wünscht Ihnen einen schönen Sommer und eine erholsame Zeit!

In der Ferienzeit (14.7. - 23.8.) können Sie die CDU-Landtagsfraktion zu folgenden Zeiten erreichen:

Montag - Donnerstag: 9.00 - 15.30 Uhr

Freitag: 9.00 - 14.00 Uhr



Die CDU-Fraktion wünscht Ihnen eine schöne Sommerzeit!

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de